



**Projektländer:** Maghreb (Tunesien,  
Algerien, Marokko)

**Quartal:** Oktober bis Dezember  
2010

### Schlagzeilen Tunesien

- **Soziale Unruhen in Tunesien**
- **Neue Radiosender "Express FM" und "Shems FM" ins Leben gerufen**
- **Präsentation des Human Rights Watch-Berichtes zu Tunesien**
- **BAD gewährt Tunesien das bis dato größte Darlehen seiner Geschichte**

Seit Mitte Dezember finden in Tunesien andauernde Proteste und soziale Unruhen statt, bei denen die Bevölkerung zum ersten Mal während der 23 Jahre währenden Regierungszeit von Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali offen gegen die Korruption im Lande und die Machenschaften der Trabelsi-Familie (Familie der Präsidentengattin) demonstriert. Die Protestwelle nahm ihren Ausgang in der Provinz Sidi Bouzid im Zentrum des Landes, wo am 17. Dezember 2010 ein arbeitsloser Hochschulabgänger versuchte, sich mit Benzin zu verbrennen, nachdem die Polizei seinen Früchte- und Gemüsestand, mit dem er den Lebensunterhalt seiner Familie verdiente, wegen fehlender Genehmigung beschlagnahmt hatte. Er wurde mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Daraufhin kam es im ganzen Land zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen und Protesten gegen Korruption, gegen das Problem der hohen Arbeitslosigkeit – insbesondere von Jugendlichen mit Hochschulabschluss – und gegen die Trabelsi-Familie. Im Rahmen der Protestbewegungen haben bis zum Beginn des Jahres 2011 vier Menschen ihr Leben verloren: Der junge Mann aus Sidi Bouzid, der versucht hatte sich selbst zu verbrennen, verstarb im Krankenhaus; ein weiterer arbeitsloser Hochschulabgänger unweit von Sidi Bouzid tötete sich durch einen Starkstromschlag; die Polizei erschoss einen 18-jährigen Demonstranten; und ein weiterer Demonstrant erlag seinen schweren Schussverletzungen. Auch in der Hauptstadt Tunis haben in der letzten Dezemberwoche mehrere Kundgebungen

und Proteste stattgefunden, zu denen unter anderem verschiedene Gewerkschaften aufgerufen hatten. Unter den Teilnehmern der Protestkundgebung waren neben Gewerkschaftern insbesondere auch Rechtsanwälte, Mitglieder der Menschenrechtsliga sowie Schüler und Studenten. Die Demonstranten skandierten Sprechchöre und Parolen für das Recht auf Arbeit sowie gegen Korruption und gegen die Präsidentenfamilie. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Desweiteren wurden landesweit mehrere angekündigte Demonstrationen durch die Polizei verhindert oder aufgelöst. Die Regierung hat auf die Protestbewegung mit der Verkündung eines Investitionsprogrammes für das Zentrum und den Süden des Landes reagiert. Der Präsident richtete sich in einer Fernsehansprache an das Volk, in der er weitere Maßnahmen zusicherte, um die Schaffung von Arbeitsplätzen voranzutreiben.

In diesem Herbst gingen in Tunesien zwei neue private Radiosender auf Sendung: "Shems FM" und der auf Wirtschaftsthemen spezialisierte "Express FM". Letzterer soll dazu beitragen, der Bevölkerung wirtschaftliche Themenbereiche verständlich näherzubringen und somit das Interesse hieran zu wecken und insbesondere junge Leute zu motivieren, ihre Perspektiven und ihr Potential wahrzunehmen. Insgesamt gibt es nunmehr fünf private Radiosender in der tunesischen Medienlandschaft, die jedoch alle in Händen regierungsnaher Personen sind.

Am 21.10.2010 präsentierte Human Rights Watch in Tunis auf einer Pressekonferenz vor zahlreichen Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft einen Bericht zur Menschenrechtssituation in Tunesien unter der Überschrift "Der Preis der Unabhängigkeit – die Arbeiter und die Studentengewerkschaft werden mundtot gemacht". Der 62-seitige Bericht dokumentiert das Kontrollsystem der tunesischen Behörden über Gewerkschaften und Studentenorganisationen. Die Sprecherin von HRW hob positiv hervor, dass mit der Genehmigung der Präsentation des Berichts und dessen Veröffentlichung die tunesische Regierung ihren guten Willen und ihr Engagement demonstrierte. Weiterhin lobte sie das kooperative Entgegenkommen der Regierung hinsichtlich der Tätigkeit von Human Rights Watch in Tunesien. Die Ergebnisse des Berichts wurden mit Regierungsvertretern diskutiert, und die tunesische Regierung verfasste eine offizielle Stellungnahme, in der sie ihre Achtung vor dem Recht auf Vereinigungsfreiheit bekräftigte und die Vorwürfe von Human Rights Watch zurückwies.

Tunesien hat von der afrikanischen Entwicklungsbank (*Banque Africaine de Développement*, BAD) die Zusage für den bisher größten durch diese Institution in der Geschichte des Landes ausgezahlten Kredit bekommen. Die Kreditsumme beläuft sich auf 236 Millionen

Euro. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen in den Neubau, Ausbau und in die Wartung der straßenbaulichen Infrastruktur fließen. Durch diese Maßnahmen soll das wirtschaftliche Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen angeregt werden.

### **Schlagzeilen Algerien**

- Treffen der Aktionsgruppe zur Terrorismusbekämpfung ohne algerische Beteiligung
- Sicherheit im Sahel auf der Agenda der EU-Außenministerkonferenz
- Staatsbesuch von Präsident Bouteflika und hochrangiger Delegation in Deutschland

Im Berichtszeitraum fand in Mali im Rahmen der von der G-8 gegründeten Aktionsgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (CTAG) ein Treffen zwischen Vertretern der sieben führenden Industrienationen und Russland sowie Teilnehmern aus der EU, Marokko, Mauretanien und weiteren Ländern statt. Thematisiert wurde die Optimierung des Kampfes gegen den nordafrikanischen Ableger des Terrornetzwerks Al Qaida (AQMI) durch verbesserte Grenzkontrollen und eine stärkere Beteiligung der Afrikanischen Union. Das Treffen fand unter Abwesenheit Algeriens statt, als Grund gilt die Präsenz marokkanischer Vertreter. Zwischen den beiden Staaten schwelt ein Konflikt über den Status der Westsahararegion. Eine Woche nach dem Treffen äußerte sich der algerische Außenminister Mourad Medelci, der die Notwendigkeit eines grenzüberschreitenden Vorgehens bei der Terrorismusbekämpfung grundsätzlich anerkannte, ausländische Militäreinsätze im Sahel jedoch ablehnte.

Bei der EU-Außenministerkonferenz in Luxemburg Ende Oktober stand das Thema der Situation in der Sahelzone und den von dort ausgehenden Sicherheitsrisiken auf der Agenda. Der Rat der Außenminister betonte, dass Stabilität und Sicherheit in der Region auch ein wesentlicher Faktor für die Sicherheit Europas sei. Um Sicherheit, Stabilität, Gute Regierungsführung und Entwicklung in der Sahelzone zu fördern, soll zukünftig verstärkt mit den Sahelstaaten, der UN und der Afrikanischen Union kooperiert werden. Der Rat rief ferner den Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik dazu auf, zum Anfang des kommenden Jahres eine Strategie für die Sahelzone auszuarbeiten.

Im Dezember reiste der algerische Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika zusammen mit dem algerischen Außenminister, dem Energieminister sowie dem Industrieminister zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Berlin. Der letzte Besuch Bouteflikas in Deutschland hatte im

Jahr 2001 stattgefunden. Am Rande eines Treffens mit der Bundeskanzlerin hoben beide Seiten hervor, dass sie in Zukunft ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiter aufbauen würden. Der bereits seit einiger Zeit vorbereitete gemeinsame Wirtschaftsausschuss in Algier solle möglichst bald seine Arbeit aufnehmen. Vor allem bei der Gewinnung fossiler und erneuerbarer Energien wollen die beiden Staaten enger zusammenarbeiten, um dabei insbesondere auch das Wüstenstromprojekt Desertec voranzutreiben. Die Bundeskanzlerin bedankte sich für Algeriens Unterstützung hinsichtlich deutscher Bemühungen, einen ständigen bzw. zweijährigen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erlangen. Hinsichtlich des Westsaharakonfliktes müsse mit den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zusammengearbeitet werden. Bouteflika erwiderte, dass Algerien hierzu keine Position einnehmen und sich nicht vor der Afrikanischen Union äußern würde. Hinsichtlich regionaler und internationaler Themen arbeite „jeder in seinem eigenen Rahmen, und die EU und die Afrikanische Union vertreten ihre Standpunkte.“ Es gäbe jedoch keinen großen Unterschied bezüglich Fragen der internationalen Sicherheit.

### **Schlagzeilen Marokko**

- Unruhen in einem Flüchtlingslager in der Westsahara
- Diplomatische Spannungen zwischen Rabat und Madrid
- Verhandlungen über den Westsahara-Konflikt ohne Ergebnis
- Neunte Verhandlungsrunde des Marokko-EU Assoziationsrates
- Besuch des deutschen Außenministers Westerwelle in Rabat
- Verbot von Al Jazeera in Marokko

Am Montag, den 08.11.2010 kam es im Zeltlager Gdem Isik vor der marokkanischen Stadt Laâyoune im Sahara-Gebiet zu Unruhen zwischen jugendlichen Sahauris und marokkanischen Sicherheitskräften. Die Unruhen überschatteten ein zweitägiges informelles Treffen der beiden Konfliktparteien zur Zukunft der Westsahararegion, das unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in New York stattfinden sollte. Seit der Integration des Westsaharagebietes in das marokkanische Staatsgebiet im Jahre 1975 kämpft die daraufhin gegründete militante Befreiungsbewegung Polisario für die Unabhängigkeit der Region. Das Zeltlager Gdem Isik war aus Protest gegen die angebliche Diskriminierung und Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung durch den marokkanischen Staat aufgeschlagen worden. Zum Zeitpunkt der Gewalteskalation befanden sich schätzungsweise

12.000 Bewohner im Lager. Auslöser der Gewalt war der Beginn der friedlichen Räumung des Lagers durch marokkanische Sicherheitskräfte in den frühen Morgenstunden, was gewalttätige Gegenreaktionen der Bewohner des Lagers provozierte. Nach Angaben der amtlichen marokkanischen Nachrichtenagentur MAP wurden bei den Zusammenstößen 12 Personen getötet, davon 10 marokkanische Polizisten erstochen oder erschlagen.

Die genauen Ursachen und Hintergründe der Eskalation bleiben jedoch widersprüchlich. Die Ermittlungen über die genauen Ursachen wurden dadurch behindert, dass Journalisten, Diplomaten und UN-Mitarbeitern der Zugang zu dem Gebiet erschwert wurde. Das Europäische Parlament reagierte auf die Ereignisse im Lager Gdem Izik mit der Veröffentlichung einer EntschlieÙung. Darin missbilligt es die Angriffe unter Verweis auf das gewaltsame Vorgehen der marokkanischen Sicherheitskräfte, und die Erschwerung des Zugangs von UN-Mitarbeitern und Diplomaten zu dem betroffenen Lager. Zudem fordert das Europäische Parlament eine Untersuchung der Ereignisse unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie die Entsendung einer Delegation des Europäischen Parlaments in die Westsahara zur Beobachtung der Lage. Marokko hat zwischenzeitlich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen, und 11 marokkanische Menschenrechtsorganisationen führen gleichermaßen ihre eigenen Untersuchungen durch. Die Ergebnisse werden im Laufe des Januar 2011 erwartet.

Diese Ereignisse sowie die Verbreitung von Bildmaterial durch spanische Medien lösten eine diplomatische Krise zwischen Rabat und Madrid aus. Fälschlicherweise wurden den Ereignissen in Laâyoune Bilder vom Gazakrieg 2006 und eines Mordes in Casablanca zugeordnet. In Marokko fand am 28.11.2010 ein großer Protestmarsch statt, und die zwei Kammern des marokkanischen Parlaments kamen zusammen, um die Beziehungen zu Spanien neu zu evaluieren. Seitdem hat sich die Situation jedoch entspannt. Ende Dezember wurde die seit Monaten bekannt gegebene Ernennung von Oud Souilem, ehemals Mitglied und Mitgründer von Polisario, zum Botschafter Marokkos in Spanien bestätigt.

Die im November in New York unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen durchgeführten informellen Gespräche zwischen staatlichen Stellen Marokkos und der Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario hinsichtlich des Westsaharakonflikts blieben ohne nennenswerte Ergebnisse. Die Parteien einigten sich jedoch nach den zweitägigen Verhandlungen auf eine Fortführung der Gespräche Anfang 2011.

Die vom europäischen Parlament im Zuge der Ereignisse von Laâyoune gegen Marokko erlassene EntschlieÙung wurde nach der Durchführung der neunten Verhandlungsrunde des Marokko-EU Assoziationsrates entschärft und ein gemäßiger Text zur Saharafrage

angenommen. In diesem Zusammenhang lobte die EU die gute Kooperation Marokkos im Bereich der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und beglückwünschte Marokko zu der Fertigstellung des Aktionsplanes für Demokratie. Eine Vereinbarung über die Liberalisierung von Agrargütern und Fischereiprodukten wurde unterzeichnet. Marokko und die EU unterzeichneten ebenfalls eine Vereinbarung zur Einführung eines Streitschlichtungsmechanismus, welcher zum Ziel hat, jegliche Streitigkeiten kommerzieller Natur zwischen Marokko und der EU zu schlichten. Marokko ist der erste begünstigte Staat des im Rahmen des europäischen Nachbarschafts- und Partnerinstrumentes eingerichteten Fonds. Ein Programm für 2011-2013 sieht eine Hilfe der Gemeinschaft in Form eines Zuschusses in Höhe eines Pauschalbetrages von 580,5 Millionen Euro vor und betrifft folgende Bereiche: Entwicklung der Sozialpolitik, Modernisierung der Wirtschaft, Unterstützung von Institutionen, Gute Regierungsführung und Menschenrechte, Umweltschutz.

Im Berichtszeitraum haben sich die Kooperationsbeziehungen zwischen Marokko und Deutschland insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und dem Agrarsektor intensiviert. Bei seinem Besuch in Rabat Mitte November lobte der deutsche Außenminister Guido Westerwelle die Anstrengungen Marokkos im Bereich der Solarenergie. Zusätzlich zu den bereits von der Bundesrepublik bereitgestellten 40 Millionen Euro zum Ausbau der Solarenergie stellte Westerwelle der marokkanischen Regierung für ihren Solarplan weitere drei Millionen Euro zur Verfügung und betonte die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Marokko solle weiter ausgebaut werden.

Dem arabischen TV-Sender Al Jazeera ist Ende Oktober 2010 von den marokkanischen Behörden jegliche Aktivität im Land verboten worden. Ebenso wurden den Korrespondenten des Senders die Akkreditierungen entzogen. Das Kommunikationsministerium begründete diese Entscheidungen mit dem wiederholten Verstoß des Senders gegen journalistische Regeln der Seriosität, Genauigkeit und Objektivität. Durch seine „verantwortungslosen“ Berichte habe der Sender den Interessen des nordafrikanischen Königreichs geschadet.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: DR. JÜRGEN THERES, REGIONALBEAUFTRAGTER MAGHREB  
REDAKTION: JULIETTE BORSENBURGER, CHRISTINA KERLL  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM: 10.01.2011